

SPÖ und ÖVP gegen Alkverbot im Landtag

Mit gutem Vorbild voran: Zu Zeiten, in denen Kampfftrinken unter Jugendlichen für Schlagzeilen sorgt, wünscht sich die KPÖ während der Landtagssitzungen ein Alkoholverbot. In der Landtagssitzung im Mai wurde von ihr ein dahingehender Antrag eingebracht.

KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger machte während der Debatte klar, dass ein derartiges Alkoholverbot in den meisten Betrieben

selbstverständlich sei. Während der Arbeitszeit sollte kein Alkohol getrunken werden. Von diesem Grundsatz dürften sich auch Abgeordnete nicht selbst ausnehmen. Schließlich sei der Landtag deren Arbeitsplatz. Überdies hätten Politikerinnen und Politiker eine Vorbildfunktion. Die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP wollen offenbar auch während der Landtagssitzung weiterhin auf einen guten Schluck nicht verzichten und zeigten dem KPÖ-Antrag die rote Karte.

Ohne Betriebsrat keine Wirtschaftsförderung

Mittel- und Großbetriebe sollen in Zukunft nur mehr dann Wirtschaftsförderung des Landes erhalten, wenn ein Betriebsrat existiert. Eine derartige Änderung der Richtlinien zur Wirtschaftsförderung des Landes wurde auf Antrag der KPÖ im Landtag mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ und Grünen beschlossen. Die ÖVP stimmte dagegen.

Der KPÖ-Abgeordnete Werner Murgg begründete den Antrag mit der Tatsache, dass es in unserem Bundesland immer noch viele Großbetriebe

gebe, in denen der Betriebsrat ein Fremdwort sei. Gerade in Zeiten, in denen der Druck auf die Beschäftigten zunehme, seien Betriebsräte enorm wichtig. Die Wirtschaftsförderung könne hier als Lenkungsmittel eingesetzt werden.

Gerald Schöpfer (ÖVP) will davon nichts wissen: „Wir dürfen nicht mutwillig in die Sozialpartnerschaft eingreifen.“ Oft wünsche die Belegschaft keinen Betriebsrat. Die Initiative für Betriebsräte müsse von der Belegschaft ausgehen und nicht von den Unternehmensführung.

KOMMENTAR

Ohne Betriebsrat – keine Wirtschaftsförderung!

Von KPÖ-LAbg. Dr. Werner Murgg



Der Druck auf die Beschäftigten wird täglich größer! Da bieten Betriebsräte einen gewissen Schutz vor unternehmerischer Willkür. Trotzdem gilt es vielfach in Unternehmerkreisen immer noch als chic ohne Betriebsrat auszukommen. Das Fehlen einer gesetzlich vorgesehenen Arbeiter- und Angestelltenvertretung nicht dem Unwillen der dort Beschäftigten, einen Betriebsrat einzurichten, geschuldet, sondern sehr oft dem Druck der Unternehmensführung. Durch einen Betriebsrat gut organisierte Arbeiter und Angestellte haben allemal mehr Durchsetzungsmöglichkeiten ihrer Rechte, als Beschäftigte in Betrieben, wo jeder Arbeiter und jede Angestellte dem „Chef“ einzeln gegenüber treten muß. Wer hier einen Betriebsrat einrichten will, sieht sich deshalb sehr oft dem Druck der Unternehmensführung ausgesetzt. Jüngstes Beispiel ist die Textilhandelskette Kik. Was Frank Stronach von unabhängigen Betriebsräten hält ist bekannt. Die großen privaten steirischen Abfallentsorger besitzen durch die

Bank kaum Betriebsräte. Deshalb unser Antrag, in Zukunft nur mehr solchen Mittel- und Großbetrieben eine Förderung zukommen zu lassen, die einen Betriebsrat besitzen. Erfreulicherweise wurde der Antrag im Landtag angenommen. Daß die ÖVP dagegen stimmte war zu erwarten. Ebenso, der darauf folgende Protest von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Der Klasseninstinkt der Unternehmer sagt ihnen sehr schnell, wenn ihre Freiheiten beschnitten werden könnten. Aber auch Arbeiter und Angestellte haben ein Klasseninteresse. Dazu gehört die Existenz von Betriebsräten. Das Argument von ÖVP- und Unternehmenseite, die KPÖ würde mit diesem Antrag die Einrichtung von Betriebsräten den Unternehmern aufbürden, geht ins Leere! Unser Antrag verpflichtet nicht die Unternehmer zur Einrichtung von Betriebsräten. Das ist selbstverständlich nach wie vor Sache der Belegschaft. Unser Antrag soll es in Zukunft schwieriger machen Druck auf Beschäftigte auszuüben, die einen Betriebsrat einrichten wollen.

Joanneum: Endlich mehr Lohn für Vigilanten

Auf Antrag von ÖVP, KPÖ und Grünen wird das Gehalt der Vigilanten im Landesmuseum Joanneum – zuständig ist SPÖ-Landesrat Kurt Flecker – jetzt auf 7,60 Euro pro Stunde angehoben. Die SPÖ stimmte dagegen.

Mindeststundenlohn

Die KPÖ stellte zudem den Antrag den Mindeststundenlohn auf alle Beschäftigten in landeseigenen oder landesnahen Betrieben auszuweiten.

Werner Murgg (KPÖ): „Es ist höchst an der Zeit, allen ein menschenwürdiges Einkommen zu sichern!“ Der KPÖ-Abgeordnete erinnerte daran, dass sich alle Parteien im Landtag unlängst bei einer Enquete zu einer Mindestsicherung bekannt hätten, gleichzeitig gäbe es immer noch Schundlöhne. Der Gewerkschafter Klaus Zenz (SPÖ) erteilte dem Ansinnen eine Abfuhr. „Der KPÖ-Antrag geht am Ziel weit vorbei!“ SPÖ und ÖVP stimmten dagegen.

